

STARK digital:

LESEPROBE

**POLITIK/ WIRT-
SCHAFT/ SOZIALWIS-
SENSCHAFTEN**

Allgemeinbildendes Gymnasium

**MEHR
ERFAHREN**



VERFÜGBARE JAHRGÄNGE

BUNDESLAND	BESCHREIBUNG	JAHRGANG
Baden-Württemberg	Gemeinschaftskunde – Gymnasium	ab 2014
Hessen	Politik und Wirtschaft – Gymnasium / Gesamtschule GK/LK	ab 2011
Niedersachsen	Politik-Wirtschaft – Gymnasium / Gesamtschule GA/EA	ab 2012
Nordrhein-Westfalen	Sozialwissenschaften – Gymnasium / Gesamtschule GK/LK	ab 2011

Abiturprüfung 2017 NRW – Leistungskurs Sozialwissenschaften
Aufgabe 3

Thema:

Steuererhöhungen für Wohlhabende und Unternehmen – ein geeignetes Mittel zur Finanzierung des Sozialstaats?

Aufgabenstellung

Punkte

1. a) Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position und Argumentation des Autors zu den aktuellen Herausforderungen des Sozialstaats. 30
b) Ordnen Sie seine Überlegungen anhand von zwei Textbelegen in das Spektrum von Vorstellungen zur Ausgestaltung des Sozialstaats ein. 16
2. Stellen Sie die Zielsetzungen und verfassungsrechtlichen Grundlagen des deutschen Sozialstaats sowie zwei Varianten der Finanzierung von Sozialleistungen dar. 24
3. Erörtern Sie unter Einbeziehung der Position des Autors und je einem wirtschafts- und sozialpolitischen Ziel, ob Steuererhöhungen für Wohlhabende und Unternehmen ein geeignetes Mittel zur Finanzierung des Sozialstaats sind. 30

M: Christoph Butterwege: Wie verändern Flüchtlinge unseren Sozialstaat? – „Ohne Steuererhöhungen geht es nicht“

[...] Können die Deutschen mehrere hunderttausend Flüchtlinge pro Jahr aufnehmen, ohne dass ihr Sozial- und Gesundheitssystem unter der Last zusammenbricht?

Die mittelbaren Auswirkungen der Zuwanderung auf den Wohlfahrtsstaat werden von Experten unterschiedlich beurteilt: Während die einen vor einer finanziellen Überforderung, wenn nicht gar einem unabwendbaren Kollaps der sozialen Sicherungssysteme warnen, betonen die anderen, dass dem Staat gar keine zusätzlichen Kosten entstünden, weil die Zuwanderer überwiegend hochqualifiziert seien und künftig als Unternehmer oder Arbeitnehmer in die Sozialversicherungen einzahlten, auf jeden Fall aber Steuern entrichteten.

- 10 Am überzeugendsten wirkt meiner Einschätzung nach eine dritte Position: Zumindest in nächster Zeit kommen auf Bund, Länder und Gemeinden enorme finanzielle Belastungen zu. Einwanderungsland zu sein erfordert im Falle der Bundesrepublik, monetäre Ressourcen von Einheimischen zu Migranten umleiten zu müssen, was aber keineswegs harte finanzielle Opfer für „deutsche Familien“ erfordert, wie uns rechts-
15 populistische Demagogen glauben machen wollen. Geld ist nämlich genug da, es ist nur ungerecht verteilt und befindet sich häufig in den falschen Taschen. [...]

Glaubt man den Horrorszenarios anerkannter Demografen, wird die Bevölkerung der Bundesrepublik in Zukunft erschreckend rasch schrumpfen und Deutschland aufgrund der hohen Lebenserwartung und des Geburtenrückgangs stark altern.

20 Da müssten die Flüchtlinge aufgrund ihrer „vorteilhaften“ demografischen Struktur eigentlich gerade recht kommen: Wegen des überdurchschnittlich hohen Anteils an Jüngeren und der relativ geringen Anzahl Älterer dürften sie das deutsche Sozialsystem auf längere Sicht ent- statt belasten.

Tatsächlich begrüßt manch einer Zuwanderer als demografische Lückenbüßer
25 eines schrumpfenden Volkes und als Lösung für das vermeintliche Problem des Fachkräftemangels „unserer“ Wirtschaft. So wird eine Betrachtungsweise hoffähig, die Ausländer und Minderheiten wie Obdachlose, Drogenabhängige oder Behinderte einer volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung unterwirft, was – meist ungewollt – den Nährboden für rassistische Positionen bereitet.

30 Denn ein Rassist hat nichts gegen Ausländer, wenn sie „uns“ nützen. So befanden sich nie mehr Ausländer im Deutschen Reich als während der NS-Diktatur: Millionen „Fremd-“ bzw. Zwangsarbeiter sollten den Wohlstand der „deutschen Volksgemeinschaft“ sichern. [...]

Vergleicht man die Inanspruchnahme wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wie der
35 Sozialhilfe seitens einheimischer und zugewanderter Personengruppen, stellt man bereits nach einem Zeitraum von fünf Jahren eine Übereinstimmung der eingezahlten Geldbeträge fest.

Aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen Verfolgte und Flüchtlinge, die größtenteils aus umkämpften Bürgerkriegsgebieten wie Syrien, Afghanistan,
40 Eritrea, Somalia und dem Irak kommen, sind also selbst dann keine „Asylschmarotzer“, wenn sie vorübergehend Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen. [...]

Gleichwohl stellen Flüchtlinge das Sozial- und Gesundheitssystem der Bundesrepublik auf eine harte Bewährungsprobe. Eine noch stärkere finanzielle Belastung als die momentan hierzulande Schutz suchenden Menschen bilden für Deutschland aber
45 jene Wirtschaftsflüchtlinge, die ihm den Rücken kehren, um Schwarzgeld in Steuer-oasen wie Monaco, Luxemburg oder Liechtenstein anzulegen.

Auch was dem Fiskus durch die Bilanzmanipulationen global agierender Konzerne jährlich an Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe entgeht, würde allemal die Kosten für die Aufnahme, Unterbringung und Verpflegung ausländischer Flüchtlinge in
50 Deutschland decken. Deshalb müssen die zahlreichen Steuerflüchtlöcher für Privilegierte endlich geschlossen und die Grenzen für Steuerflüchtlinge dichtgemacht, aber nicht die Fluchtkorridore auf dem Balkan und die Zugangsmöglichkeiten für Asyl-suchende versperrt werden! [...]

Diese provokativ erscheinende Gegenüberstellung verweist auf ein Wahrnehmungsdefizit, das von der extremen Rechten bis zur bürgerlichen Mitte in Deutschland reicht: Viel bedeutsamer als der üblicherweise hochgespielte Innen-außen-Gegensatz zwischen Einheimischen und Zuwanderern ist der Oben-unten-Gegensatz, von dem jener nur ablenkt und vermutlich auch ablenken soll.

Wenn deutlich mehr Personen als bisher auf Transferleistungen angewiesen sind,
60 müssen die Hilfesysteme gestärkt, mehr staatliche Mittel dafür bereitgestellt und Steuererhöhungen für wohlhabende und reiche Bürger enttabuisiert werden.

Falls es Angela Merkel mit ihren Sätzen „Das Asylrecht kennt keine Obergrenze“ und „Wir schaffen das“ ernst meint, muss sie Abschied von ihrem politischen Dogma „Keine Steuererhöhung für niemanden!“ nehmen. Nur wenn Besserverdiener und Vermögende hierzulande mehr (oder überhaupt) Steuern zahlen, kann der Staat den Besitzlosen – deutschen ebenso wie ausländischen – wirksam unter die Arme greifen! [...]

Wie die Forderung nach Aussetzung oder Abschaffung des Mindestlohns wegen der „Völkerwanderung“ nach Deutschland zeigt, wird der gegenwärtige Flüchtlingszustrom von Wirtschaftslobbyisten missbraucht, um in der Bevölkerung mehr Akzeptanz für eine Rückkehr zum unbeschränkten Lohndumping und eine Kürzung von Sozialleistungen zu schaffen.

Auch häufen sich bereits Versuche, die armen Deutschen gegen noch ärmere Flüchtlinge auszuspielen, was enormen politischen Sprengstoff in sich birgt. Dabei haben alle sozial Benachteiligten ein gemeinsames Interesse am weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Es ist schließlich eine gefährliche Illusion zu glauben, deutsche Hartz-IV-Bezieher und deutsche Rentner hätten mehr Geld zu erwarten, wenn die Grenzen geschlossen und Zuwanderer abgewehrt würden. [...]

Die steigende Anzahl der Asylsuchenden macht die Umverteilung von oben nach unten zur ersten Politikerpflicht. Häufig werden Parallelen zur deutschen Vereinigung gezogen, wenn es um die Bewältigung der momentanen „Flüchtlingskrise“ geht. Hier folgt ein weiterer Vergleich: Nach dem 3. Oktober 1990 mussten auf einen Schlag Millionen zusätzlicher Altersrenten an Ostdeutsche gezahlt werden, ohne dass sie vorher auch nur eine D-Mark in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hatten. Die ausländischen Zuwanderer unserer Tage müssen hingegen erst jahrzehntelang arbeiten und Beiträge entrichten, bevor sie – wenn überhaupt – eine vergleichbar hohe Rente erwartet.

Nennenswerten Mehrbelastungen sind folglich nicht die Sozialversicherungen ausgesetzt, deren Einnahmenseite durch (sozialversicherungspflichtig beschäftigte) Zuwanderer sogar gestärkt wird, sondern nur das steuerfinanzierte Fürsorgesystem, dessen höhere Ausgaben die Unternehmen, Kapitaleigner und Aktionäre tragen müssten, weil sie von der Zuwanderung entweder durch eine bessere Versorgung mit Arbeitskräften und/oder durch bessere Absatzchancen für die eigenen Produkte auf dem Binnenmarkt profitieren. Nötig ist eine kräftige Anhebung von Kapitalertrags- und Gewinnsteuern, die hierzulande im OECD-Vergleich ohnehin extrem niedrig sind.

Da es sich bei der Bundesrepublik in Bismarck'scher Tradition um einen Sozialversicherungsstaat handelt, hängt die gesellschaftliche Inklusion von Zuwanderern entscheidend von deren Integration auf dem Arbeitsmarkt ab.

Um diese zu fördern und möglichst zu beschleunigen, sollten die von der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern zurückgefahrenen Eingliederungsleistungen und Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung wieder einen größeren Stellenwert erhalten. Sonst droht die Zahl der Arbeitslosen und der Hartz-IV-Bezieher erneut stark zu steigen, nachdem man sie im Konjunkturaufschwung auch mittels statistischer Täuschenspielertricks deutlich gesenkt hatte.

Christoph Butterwegge, Focus Online vom 12.10.2015, gekürzt;
http://www.focus.de/politik/experten/butterwegge/serie-der-focus-online-experten-teil-2-wie-veraendern-fluechtlinge-unseren-sozialstaat-ohne-steuererhoehungen-geht-es-nicht_id_5006502.html

Zugelassene Hilfsmittel:

Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung

Zum Autor:

Christoph Butterwegge, geb. 1951, war von 1998 bis 2016 Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Er ist Verfasser zahlreicher Schriften und Beiträge zu seinen Schwerpunktthemen Armutsforschung, Sozialstaat und Rechtsextremismus.

Lösungsvorschläge

/// Aufgabenart A (Analyse – Darstellung – Erörterung)

/// Inhaltliche Schwerpunkte:

- /// • Strukturen sozialer Ungleichheit, sozialer Wandel und soziale Sicherung: Wandel gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen; Sozialstaatliches Handeln
- /// • Wirtschaftspolitik: Legitimation staatlichen Handelns im Bereich der Wirtschaftspolitik; Bereiche und Instrumente der Wirtschaftspolitik

- /// 1. a) Diese Textanalyse stellt Sie vor die Aufgabe, die Position des Autors im Hinblick auf die Herausforderungen, die sich für den Sozialstaat infolge der Flüchtlingskrise ergeben, herauszuarbeiten. Dabei muss der Begründungsgang seiner Argumentation deutlich werden und abschließend auch seine Intention, also die Motivation des Autors zur Veröffentlichung dieses Textes, ermittelt werden. (AFB II)

Der Text mit dem Titel „Wie verändern Flüchtlinge unseren Sozialstaat? Ohne Steuererhöhungen geht es nicht“ wurde von Christoph Butterwegge verfasst und erschien am 12. 10. 2015 auf der Internetseite „Focus Online“. Der Verfasser ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Der Text ist ein **Diskussionsbeitrag** zu der Frage, wie sich die Zuwanderung von **Flüchtlingen** auf den **deutschen Sozialstaat** auswirkt.

Einordnung des Textes

Christoph Butterwegge vertritt die **Position**, dass die Zuwanderung durchaus eine Chance für die **demografische Struktur** in Deutschland sei (vgl. Z. 17 ff.). Die Mehrausgaben für die Flüchtlinge, die kurz- und mittelfristig zu erwarten seien, sollten durch das Schließen von „Steuerschluflpflöcher[n]“ (Z. 50) und durch Steuererhöhungen für Besserverdienende (Z. 61), Unternehmen, Kapitaleigner und Aktionäre (vgl. Z. 91) finanziert werden. Insgesamt geht Christoph Butterwegge davon aus, dass durch die Zuwanderer **keine längerfristige finanzielle Belastung** zu erwarten sei (vgl. Z. 34 ff.

Position des Autors

und Z. 88 f.). Seiner Ansicht nach werde der **Innen-außen-Gegensatz** zwischen Einheimischen und Zuwanderern hochgespielt und dazu genutzt, von dem viel bedeutsameren „**Oben-unten-Gegensatz**“ abzulenken (vgl. Z. 56 ff.).

Der Titel des Artikels („[...] Ohne Steuererhöhungen geht es nicht“) verleitet dazu, an generelle Steuererhöhungen zu denken. Dies trifft die **Kernaussagen** des Autors jedoch **nicht**. Christoph Butterwege spricht sich **nicht für eine breite Steuererhöhung** aus, sondern zielt mit seiner Forderung auf eine bestimmte Gruppe, die er als Profiteure der Zuwanderung identifiziert (vgl. Z. 91 ff.).

Den **Begründungsgang** leitet Christoph Butterwege ein, indem er zunächst die beiden **Extrempositionen** im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte vorstellt. Während die einen behaupteten, „dass dem Staat gar keine zusätzlichen Kosten entstünden“ (Z. 6), warnten andere vor einem „unabwendbaren Kollaps der sozialen Sicherungssysteme“ (Z. 5 f.). Der Autor grenzt seine **eigene Position** deutlich gegenüber diesen beiden Standpunkten ab. Er räumt zwar ein, dass „[z]umindest in nächster Zeit [...] auf Bund, Länder und Gemeinden **enorme finanzielle Belastungen**“ zukämen (Z. 10 ff.). Allerdings **relativiert** er auch die **Gegenposition** „rechtspopulistische[r] Demagogen“ (Z. 14 f.), indem er die Auffassung vertritt, diese Belastungen erforderten „keineswegs harte finanzielle Opfer für ‚deutsche Familien‘“ (Z. 14). Finanzielle Mittel stünden ausreichend zur Verfügung, diese Gelder befänden sich jedoch „häufig in den falschen Taschen“ (Z. 16).

Butterwege betont den günstigen Einfluss der Zuwanderer auf die **demografische Struktur** in Deutschland (vgl. Z. 22 ff.). Bereits nach einem Zeitraum von fünf Jahren käme es außerdem zu einer **Übereinstimmung der eingezahlten Geldbeträge** für wohlfahrtsstaatliche Leistungen von einheimischen und zugewanderten Bürgern (vgl. Z. 34 ff.). Um die Größenordnung der aktuellen Herausforderung für die deutschen Sozialversicherungssysteme zu relativieren, stellt er einen weiteren Vergleich an: Nach der **Wiedervereinigung** wurden Millionen **zusätzlicher Altersrenten** an Ostdeutsche gezahlt, ohne dass diese Menschen vorher in das System eingezahlt hätten. Die ausländischen Zuwanderer müssten dagegen jahrzehntelang arbeiten und Beiträge entrichten, bevor sie in den **Genuss einer Rente** kommen könnten (vgl. Z. 80 ff.). Schließlich nennt er **zwei weitere wirtschaftliche Vorteile**, die seiner Einschätzung nach durch die Zuwanderer entstehen: die bessere **Versorgung mit Arbeitskräften** und

Begründungs-
gang

die **Stärkung der Binnennachfrage** (vgl. Z. 92 ff.). Da die zu erwartenden Mehrbelastungen nicht das Sozialversicherungssystem, das von den Zuwanderern eher profitiert, sondern das steuerfinanzierte Fürsorgesystem betreffen (vgl. Z. 88 f.), gleichzeitig aber insbesondere Unternehmen, Kapitaleigner und Aktionäre aus den oben genannten Gründen von der Zuwanderung profitierten, spricht er sich für eine **stärkere steuerliche Belastung** dieser Gruppen aus (vgl. Z. 91 ff).

Darüber hinaus müssten die „zahlreichen **Steuerschlupflöcher** für Privilegierte“ (Z. 50 f.) geschlossen, „Bilanzmanipulationen global agierender Konzerne“ (Z. 47) unterbunden sowie die **Steuern für Besserverdienende** und Vermögende erhöht (vgl. Z. 60 f.) werden.

An den Staat richtet er die Forderung, für die Zuwanderer mehr in Bezug auf **berufliche Förderung** zu tun, da die „gesellschaftliche Inklusion von Zuwanderern entscheidend von deren Integration in den Arbeitsmarkt“ abhängt (Z. 97 f.).

In seiner Argumentation **distanziert** sich Butterwegge durch die **Verwendung von Anführungszeichen** von der Gegenposition in der Flüchtlingsdebatte, die von einer „Flüchtlingskrise“ (Z. 81), „Asylschmarotzer[n]“ (Z. 40 f.) oder einer „Völkerwanderung“ (Z. 69) spricht. Doch während er einerseits mehrere **wertende Adjektive** wie z. B. in „enorme finanzielle Belastungen“ (Z. 11 f.) oder „harte Bewährungsprobe“ (Z. 43) verwendet, um die Besonderheit der Situation hervorzuheben, relativiert er diese **Dramatisierung** an anderer Stelle durch einen historischen Vergleich mit der Situation nach der Wiedervereinigung (vgl. Z. 80 ff.).

Die **Intention** des Autors besteht darin, gängige **Vorurteile** im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise **zu widerlegen** oder zumindest **zu relativieren**. Er fordert, dass die Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt **integriert** werden, statt diese zu Sündenböcken für die bestehenden Probleme des deutschen Sozialstaats zu machen. Die aktuelle Flüchtlingsdebatte nutzt er, um auf das aus seiner Sicht sehr viel drängendere Problem des Oben-unten-Gegensatzes, also der bestehenden **Verteilungsgerechtigkeit**, hinzuweisen.

Argumentationsweise

Intention



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

STARK